

FWG-UBN widerspricht Kritik

Neu-Anspach Freie Wähler verteidigen Votum gegen Beiträge

Der Zauber der Vorweihnachtszeit hat bei den politisch Aktiven in der Kleeblattstadt einen Riss bekommen. Schuld ist der Streit um den Umgang mit den Kosten für die Straßensanierungen in der jüngsten Parlamentssitzung. Jetzt meldet sich auch die FWG-UBN zu Wort.

Die FWG-UBN sieht sich in der Diskussion um die gescheiterte Wiedereinführung der wiederkehrenden Straßenbeiträge zu Unrecht an den Pranger gestellt und möchte nun selbst austeilen. „Alle Neu-Anspacher Parteien hatten für 2019 das gemeinsame Ziel, die wiederkehrenden Straßenbeiträge abzuschaffen“, fasst Hans-Peter Fleischer die Ausgangssituation zusammen, wie sie sich für seine Fraktion dargestellt hatte und ergänzt: „Nun müssen wir feststellen, dass sich SPD und b-now von diesem Ziel verabschiedet haben. Laut SPD-Chef Kevin Kulp ist die von der SPD verlorene Landtagswahl ein Grund dafür.“ Kulp werfe also den Bürgern vor, dass sie die falsche Landesregierung gewählt hätten. Fleischer: „Vorher wurde aber großspurig gesagt, dass die SPD und der Bürgermeister gegen Straßenbeiträge sind.“

Die FWG-UBN sei der Meinung, dass Kulp sich mit seinen jüngsten Aussagen zu dem Thema „lächerlich macht“. Zudem sei die SPD verantwortlich dafür, dass die Kreditaufnahme der Stadt auf 438 000 Euro erhöht werde. „Die SPD stellte in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag den Investitionszuschuss, Sozialer Wohnungsbau‘ wieder auf 240 000 Euro zu erhöhen.“ Dabei seien für 2019 gar keine Maßnahmen für den sozialen Wohnungsbau geplant.

Sparen zwingend

Der Zwang, Straßenbeiträge zu erheben, ist aus Sicht der FWG-UBN entfallen. Fleischer: „Wir haben jetzt die Chance, die wiederkehrenden Straßenbeiträge abzuschaffen. Aus unserer Sicht gibt es der Haushalt her.“ Fleischer schränkt ein: Um dieses Ziel zu erreichen, müssten aber noch weitere Sparmaßnahmen beschlossen, beziehungsweise Projekte verschoben werden.

„Allerdings sind SPD und b-now nicht dazu bereit. Sie machen die gleichen Fehler, die sie dem ehemaligen Bürgermeister Klaus Hofmann (CDU) vorgeworfen haben, nämlich dass die Stadt in der Vergangenheit auf zu großem Fuß gelebt habe. „Das Geld wird mit vollen Händen ausgegeben, anstatt sich für die Bürger einzusetzen. Als Beispiel nennt Fleischer die Einstellung eines eigenen Försters und die Einstellung eines Wirtschaftsförderers.“ Dem Vorschlag, diesen erst 2020 einzustellen, wie im HFA von der CDU beantragt, sei nicht gefolgt worden. „Diese Stelle war zu den Zeiten von Klaus Mainz übrigens mit 450 Euro dotiert. Zudem denken wir, dass hier der Bürgermeister in der Verantwortung steht.“

„Der Wille fehlt“

Die FWG-UBN bilanziert, dass der Willen zum Sparen an vielen Stellen fehle. Gleichzeitig werfe die b-now der FWG-UBN, Grünen und CDU Verantwortungslosigkeit vor. „Den Vorwurf weisen wir entschieden zurück! Wir sehen die Verantwortungslosigkeit bei der b-now und der SPD, die dem Bürger das Geld aus der Tasche ziehen wollen“, echauffiert sich Fleischer.

Die FWG-UBN werde sich weiter massiv für die Abschaffung der wiederkehrenden Straßenbeiträge einsetzen „und wird alles tun, um die Bürger finanziell zu entlasten, zumal in der Vergangenheit die Grundsteuer B für die Sanierung der Straßen angehoben wurde.“

Zudem weise man die Behauptungen von Kevin Kulp entschieden zurück, der mehrfach in den sozialen Medien behauptet habe, dass die FWG-UBN für die Erhöhung der Grundsteuer B sei. *red*